

SSW-Parteitag zur Landtagswahl

Harrislee, 3.03.2012

Redebeitrag von Flemming Meyer, MdL

SSW-Landesvorsitzender

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

zu TOP 6, Landtagswahlprogramm 2012

Bitte beachten Sie die Sperrfrist 3.03.2012 13.00 Uhr

Kære venner, liebe Freunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

når vi nu skal til at drøfte vores valgprogram vil jeg gerne fremhæve hele arbejdsprocessen som ligger bag det. Landsstyrelsen har allerede sidste år efter sommerferien udnævnt flere arbejdsgrupper, der hver især har beskæftiget sig med delelementer af valgprogrammet. Der har været en social arbejdsgruppe, en kultur-og uddannelsesarbejdsgruppe og en økonomiarbejdsgruppe samt arbejdsgruppen grænseoverskridende samarbejde, der har lavet forarbejdet til det foreliggende valgprogram. I disse arbejdsgrupper har både landsstyrelsesmedlemmer, landdagsmedlemmer, SSW kommunalpolitikere, almindelig SSW-medlemmer og SSWs medarbejdere i både landdagsgruppen og landssekretariatet deltaget. Tak for indsatsen af de involverede.

Også vores SSW-Uere har bidraget med egne forslag til programmet. Det skal i have stor tak for. En tak går også til alle vores samarbejdspartnere indenfor det danske mindretal og fra frisjerne, der er kommet med vigtige bidrag til programmet. Den sidste del af slæbet med at formulere og prioritere valgprogrammet har landsstyrelsen og medarbejdere i partiet og landdagsgruppen taget sig af. Og ansvaret for det foreliggende valgprogram er derfor helt og holdent SSWs landsstyrelses ansvar. Det lægger jeg stor vægt på.

Ich kann ich heute mit Stolz sagen, dass der vorliegende Entwurf des SSW-Wahlprogramms zur Landtagswahl das Ergebnis einer gemeinschaftlichen Arbeit innerhalb des SSW und unseren Partnern aus den Minderheiten im Lande ist. Auch wenn wir deshalb keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass der SSW die Partei der dänischen Minderheit und mit uns zusammenarbeitenden Friesen ist, so geht aus unserem Wahlprogramm klar und deutlich hervor: Der SSW hat ein politisches Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger und ist somit wählbar im ganzen Land.

Wir sind eben hergestellt und erprobt in Schleswig-Holstein und wollen Politik machen für alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Der SSW ist in Schleswig-Holstein entstanden und im Land fest verankert. Er ist seit 60 Jahren eine regionale Partei, die nah an den Menschen ist. Wir kennen die Probleme des Landes und können sachlich entscheiden, was das Richtige für uns im Norden ist. Der SSW kann im Wahlkampf keine Bundesprominenz einfliegen. Dafür müssen wir aber auch nach der Wahl keine Rücksicht auf die taktischen und ideologischen Interessen einer Bundespartei nehmen. Wir machen ausschließlich Politik für uns im Norden. Das ist unsere Stärke.

Der SSW steht für eine unabhängige, verlässliche Politik, die sich an klaren sozialen Werten orientiert und für die Menschen vor Ort Partei ergreift. Diese Politik will der SSW in den kommenden Jahren wieder im Landtag einbringen.

Was also wollen wir erreichen in den kommenden fünf Jahren bis 2017?

In Zeiten der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, die Bildung zu stärken, Wachstum und Beschäftigung zu fördern und neue Perspektiven für unser Land zu entwickeln. Bildung ist nicht nur die entscheidende Voraussetzung dafür, dass unsere Kinder faire Chancen im Leben haben.

Die Schulen in Schleswig-Holstein haben zwei Strukturreformen innerhalb kurzer Zeit hinter sich und brauchen nun Zeit, um sich zu sortieren. Der SSW setzt sich dafür ein, dass die kommenden Jahre genutzt werden, um die Qualität des Schulunterrichts zu verbessern. Einen Abbau von Lehrerstellen lehnen wir daher ab.

Die Hochschulen im Land sollen nicht nur jungen Menschen die bestmögliche Ausbildung sichern, sie sind auch wichtige Partner für die regionale Wirtschaft. Der SSW setzt sich deshalb dafür ein, dass die Universitäten und Fachhochschulen in allen Regionen des Landes gestärkt werden. Die Existenz der Universität Flensburg mit ihren verschiedenen Schwerpunkten muss endlich dauerhaft gesichert sein. Wir lehnen Studiengebühren ohne Wenn und Aber ab.

Schleswig-Holstein muss die Stärken nutzen, die unserem Land weiteres Wachstum bringen und Arbeitsplätze sichern können. Besondere Chancen hat Schleswig-Holstein in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Medizintechnik, Ernährungswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Logistik,

Tourismus und im Bereich der erneuerbaren Energien. Insbesondere die Windenergiebranche muss konsequent gefördert und gegen Attacken von außen, wie jüngst aus Hamburg, verteidigt werden.

Da unser Land in vielen Regionen kein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort ist, müssen wir die vielfältigen Verbindungen zu unseren Nachbarn nutzen, um gemeinsam stark zu sein. Dazu gehört, dass die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg vertieft wird. Eine wichtige strategische Perspektive sind auch engere Beziehungen von Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und öffentlichen Verwaltungen zu Partnern in Dänemark. Der SSW will, dass diese konsequent ausgebaut und entsprechende Strategien entwickelt werden.

Voraussetzung dafür, dass Unternehmen in Schleswig-Holstein existieren können und sich hier neu ansiedeln, ist eine funktionierende Infrastruktur. Wenn unsere Unternehmen wettbewerbsfähig sein und Touristen den Weg in unsere Region finden sollen, muss der Norden besser an die überregionalen Verkehrsnetze angebunden werden. Ebenso wichtig ist, dass die Datenautobahn in den ländlichen Raum hinein endlich mit Mitteln aus dem Regionalentwicklungsprogramm fertiggestellt wird. Eine funktionierende Internet-Breitbandverbindung ist die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen dort existieren können.

Die Konzentration auf die wirtschaftlichen Zentren des Landes darf nicht dazu führen, dass die „Randlagen“ hinten herunterfallen. Es ist und bleibt

die Aufgabe der Landesregierung, möglichst gleichwertige soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein zu fördern – im ländlichen Raum wie in den städtischen Zentren. Wir wollen deshalb, dass das Land eine wirtschafts- und strukturpolitische Strategie für jene Regionen entwickelt, die nicht unmittelbar von der Dynamik in und um Hamburg profitieren.

In Krisenzeiten ist es besonders wichtig darauf zu achten, dass die Solidarität nicht abhandenkommt. Unsere Gesellschaft driftet aber immer weiter auseinander: Die Einkommensunterschiede werden größer. Langzeitarbeitslose ohne Ausbildung haben kaum eine Chance. Die Bildung und auch die Gesundheit der Kinder hängen von der sozialen Lage des Elternhauses ab. Entscheidend für die Chancengleichheit unserer Kinder ist ein guter Start ins Leben. Schleswig-Holstein ist bundesweites Schlusslicht, wenn es um Kinderkrippen und Kindergärten geht. Deshalb setzt der SSW sich für eine konsequente Verbesserung der Kinderbetreuung ein.

Es ist beschämend, dass die Armut steigt und die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet. Dies liegt nicht zuletzt am wachsenden Niedriglohnsektor. Der SSW kämpft dafür, dass man von seiner Arbeit auch wirklich leben kann. Dafür sollen Mindestlöhne und die Ausweitung der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen sorgen. In der Arbeitsmarktpolitik dürfen wir nicht jene Arbeitslose aus den Augen verlieren, die nicht auf Anhieb Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

In den letzten Jahren geraten die vielfältigen sozialen Hilfen massiv unter Druck, weil der Staat sparen muss. Die Versuchung ist groß, bei den sozialen Hilfen für jene Menschen zu sparen, die keinen Widerstand organisieren können. Hierzu gehören Hilfen für besonders schwache Gruppen, wie Obdachlose, Drogenabhängige, HIV-Positive, psychisch Kranke oder Gewaltopfer. Dazu gehören aber auch die Angebote für Kinder und Jugendliche, für Familien und für Menschen mit Behinderung. Existenzbedrohende Kürzungen bei sozialen Einrichtungen und Selbsthilfegruppen sind aber nicht nur unsozial. Sie sind auch dumm, weil dadurch längerfristig viel höhere Folgekosten für ungelöste soziale Probleme anfallen.

Zu einer solidarischen Gesellschaft gehört auch, dass die Menschen in den Minderheiten vom Staat nicht anders behandelt werden als die Mehrheit. Der SSW setzt sich u.a. dafür ein, dass die Kinder an den dänischen Schulen im Landesteil Schleswig wieder denselben Zuschuss vom Land bekommen, wie ihre Gleichaltrigen an öffentlichen Schulen. Die von CDU und FDP 2009 beschlossene Kürzung auf 85 % ist diskriminierend. Her er der absolut politisk kompromis muligt med SSW – aldrig i livet!!!

Der SSW setzt sich in Zuge der Sanierung des Landeshaushaltes für eine klarere Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen ein, um Mehrfachzuständigkeiten und Doppelstrukturen zu vermeiden. Eine

Verwaltungsstrukturreform, bei der Gebiete neu gegliedert werden, soll bürgerfreundlich und bürgernah sein. Sie muss bei den 1.100 Gemeinden im Land anfangen und nicht bei den Kreisen. Der SSW lehnt den Nordstaat ab und wird keine Landesregierung unterstützen, die auf die Abschaffung des Bundeslandes Schleswig-Holstein hinarbeitet. Die Idee einer Fusion von Hamburg und Schleswig-Holstein ist teuer, technokratisch, bürgerfern, unrealistisch und unhistorisch.

Das Land darf nicht weiterhin seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen sanieren. Die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sind vielfach in einer ebenso verzweifelten Lage und können nicht mehr die grundlegenden Leistungen für die Bevölkerung vor Ort erbringen. Der SSW setzt sich deshalb dafür ein, dass die ungerechtfertigte Kürzung von 120 Millionen im kommunalen Finanzausgleich schrittweise über sechs Jahre abgebaut wird.

In Zeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie wächst der Hunger des Staates und privater Unternehmen auf Informationen über die Bürgerinnen und Bürger. Es ist Aufgabe der Politik besonders darauf zu achten, dass die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger nicht eingeschränkt und ihre Daten nicht missbraucht werden.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine starke Interessenvertretung, die ihren Anspruch auf Privatsphäre verteidigt. Der SSW setzt bei Datenschutz und Datensicherheit auf das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz. Der Datenschutzbeauftragte muss weiterhin

unabhängig sein. Das Landeszentrum braucht eine personelle und sachliche Ausstattung, die den wachsenden Anforderungen entspricht.

Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Menschen sich gern in die politische Meinungsbildung einbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei konkreten Vorhaben auf kommunaler und Landesebene neue Formen der Bürgerbeteiligung erprobt werden. Damit können die Interessen der Bevölkerung früh im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Wir unterstützen auch weiterhin den massiven Bürgerprotest gegen ein CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein. Auch in dieser Frage können die Bürgerinnen und Bürger sich auf den SSW verlassen: Hier gibt es keinen Kompromiss mit uns.

Wer uns am 6. Mai wählt kann sich darauf verlassen, dass wir die Forderungen, die wir heute beschließen werden mit 100% Einsatz im neuen Landtag voranbringen werden. Deshalb brauchen wir jede Stimme um so stark wie möglich unsere Forderungen in Kiel umzusetzen. Wer also will, dass der SSW in Zukunft eine stärkere Rolle im Schleswig-Holsteinischen Landtag spielen soll, muss uns wählen – egal ob er aus Flensburg, Husum, Rendsburg, Kiel oder aus Lübeck, Norderstedt, Glückstadt, Laubenburg kommt. Die Zweitstimme für den SSW sichert die Umsetzung unserer politischen Ziele im Landtag.

Tak for opmærksomheden!